

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 181. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 16. Juni 2005

#### Tagesordnungspunkt 10:

- a) Abgabe einer **Erklärung** durch den Bundeskanzler: **zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005**

#### **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber nichts über Fremdarbeiter sagen!)

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Ihr Zwischenruf, Frau Sager, war unter Ihrem Niveau.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nicht, seitdem Sie sich Herrn Lafontaine eingehandelt haben!)

Sie sollten meine Position kennen.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bestimmt nicht übertrieben, wenn ich für die PDS im Bundestag festhalte: Die Europäische Union ist in einer tiefen Krise. Eigentlich steckt sie in mindestens drei Krisen: Wir haben eine EU-Verfassungskrise, wir haben eine EU-Haushaltskrise und wir haben eine tief gehende EU-Legitimationskrise. Das alles ist nicht gut. Es hat sich lange abgezeichnet. Schauen Sie auf die Wahlen zum Europäischen Parlament in den zurückliegenden Jahren! Die Teilnahme sank von Wahl zu Wahl. Immer mehr Menschen wurde die **Europäische Union** gleichgültig; viele finden sie sogar abstoßend. Das halte ich für schlimm; denn eine soziale, eine friedliche, eine demokratische Union ist eine urlinke Vision und sie wäre eine gute Antwort auf die Geschichte. Sie wäre ein wichtiger Beitrag für die Welt.

Deshalb mahnen wir alle: Wir dürfen die Krise der Europäischen Union nicht kleinreden. Wir müssen sie annehmen und vor allem müssen wir sie meistern. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die EU ein fernes Gebilde, das ihnen nicht viel Gutes verheißt. Das kann stimmen, das muss aber nicht stimmen; in vielen Fällen stimmt es auch nicht. Aber eine solche ablehnende Stimmung ist nun einmal weit verbreitet und sie hat ganz reale Ursachen. Politisch gesagt: Es mangelt der EU an Transparenz und an Demokratie. Genau dieses Manko musste sich über kurz oder lang negativ auswirken und es hat sich bei den Volksabstimmungen über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden auch ausgewirkt.

Umso mehr warne ich allerdings davor, dass sich Deutschland nun als Musterlände fühlt, nur weil Bundestag und Bundesrat die EU-Verfassung ratifiziert haben. Aus meiner Sicht war dies sogar ein großer Fehler; denn sie haben damit hierzulande das **Demokratiedefizit der EU** erhöht. Eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung wurde in Deutschland verhindert. Die Verhinderer haben damit den Bürgerinnen und Bürgern signalisiert: Wir schaffen die EU alleine, dazu werdet ihr eigentlich nicht gebraucht. Eine EU aber, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht braucht, kann natürlich auch keine Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger sein.

Dieses Demokratiedefizit und die Folgen daraus sind das Resultat Ihrer Politik: der Politik von CDU/CSU, der SPD und den Grünen.

(Widerspruch bei der SPD)

Nur die FDP und die PDS haben mehrfach gemahnt, auch in Deutschland eine Volksabstimmung und damit generell mehr Demokratie zu ermöglichen. Die genannten Parteien, Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Kanzlerkandidatin Merkel, sie alle haben sich selbstherrlich darüber hinweggesetzt. Nun haben wir ein riesiges Problem, das vorhersehbar war. Kurzum, selbst nach sieben Jahren Rot-Grün ist Deutschland in Sachen Demokratie schlicht ein EU-Entwicklungsland.

(Günter Gloser [SPD]: Na, na, na! Also!)

Wir haben eine EU-Krise, die niemand ernsthaft gutheißen kann. Das Problem allerdings liegt noch tiefer. Es erschöpft sich nicht in der Form. Bürgerinnen und Bürger, die eine EU wollen, wollen natürlich auch eine EU für sich. Was sonst? Das führt dann zu der Frage, inwiefern in der EU wirklich das drinsteckt, was von der großen Politik versprochen wird.

Nicht nur in der Demokratiefrage, sondern auch hier gibt es große Defizite. Nehmen wir nur einmal den **Stabilitätspakt**, der den Euro hart halten soll. Er setzt Grenzen für die Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten; er ist in aller Munde und umstritten. Der CDU/CSU gilt der Stabilitätspakt sogar noch immer als Vorwand, um noch tiefer in soziale Netze einzuschneiden, als es Rot-Grün ohnehin schon tut. Dies führt dazu, dass viele sozial Betroffene die EU eher mit „Verlust“ übersetzen. Wir aber wollen EU als Gewinn.

Die PDS im Bundestag war immer skeptisch, wenn es um den Stabilitätspakt ging. Wir haben ihn damals abgelehnt. Die Alternativ- oder Ergänzungsforderung der PDS hieß immer **Sozialpakt**; denn wir brauchen in der EU endlich verbindliche Vereinbarungen, die Lohndumping verhindern, Steuerflucht erschweren und soziale, ökologische und demokratische Werte manifestieren. Genau dies wurde aber immer abgewehrt. Im Gegenteil, mit der so genannten Dienstleistungsrichtlinie sollte der allgemeine Sozialabbau sogar regelrecht als EU-Fortschritt verordnet werden. Dieser kapitale Unsinn verdient natürlich Widerstand; dagegen gibt es in der EU auch zu Recht Widerstand. Ein Sozialpakt indes könnte die EU für viele entschärfen und sogar interessant machen. Darum geht es mir und darum geht es auch der PDS.

Danke.